

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

33 (11.2.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 1.20, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 1.37 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: „Sterne und Blumen“ Einmal wöchentlich; das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“ Zweimal wöchentlich; das vierseitige Unterhaltungsblatt</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Retizelle oder deren Raum 25 Pfg. Restanten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Wadenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Restanten: Hermann Wahler in Karlsruhe.</p>

Deutscher Reichstag.

32. Sitzung.
Berlin, 10. Februar 1910.

Begian der Sitzung 1 Uhr.
 Eingegangen ist ein Entwurf eines Stellenvermittlungsgesetzes. — Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt beim Kapitel Höhere Truppenbefehlshaber.
 Abg. Müller-Weinigen (fr. Vp.) bemerkt: Sieht man sich die Namen der höheren Befehlshaber, kommandierenden Generale, Generalleutnants an, so scheint es, als gäbe es da nur Adlige. Aber der Kriegsminister sagt trotzdem, eine Bevorzugung des Adels finde nicht statt. Demmer erwidert Aufklärung darüber, daß vor 4 Jahren ein wegen Mißhandlung strafverurteilter Hauptmann von Grolmann vom 3. Garde-Regiment nicht etwa nach Weichlingen versetzt wurde, sondern nach Breslau und zwar, und das sei das Entscheidende, unter Beförderung zum Major und Vorträtigung seines Patentes, ja sogar unter Ernennung zum Adjutanten des Kommandanten. Wenn so etwas möglich ist, kann niemand an den Ernst der Verwaltung der Beförderung der Mißhandlungen glauben.
 Abg. Zubeil (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß bei den Schießübungen bei Sprenberg die sich auf dem Nachgrabenstraße aufhaltenden Personen gefährdet seien.
 Kriegsminister von Heeringen legt zunächst dem Abg. Müller-Weinigen gegenüber dar, daß die kommandierenden Generale verhältnismäßig die schlechtesten Soldaten Offiziere seien. Was die Bevorzugung des Adels in der Armee betreffe, so bleibe er dabei, daß in der Armee im praktischen Leben ein Unterschied zwischen Adligen und Nichtadligen nicht gefühlt werde. Der nach Breslau versetzte Hauptmann Grolmann sei ein Mann, der sich in seiner neuen Dienststellung trefflich bewährte. Den Zubeil'schen Klagen wegen Sprenberg werde er nachgeben.
 Abg. Gothein (fr. Vp.) bezeichnet es als ein Wunder, daß die Besitze der kommandierenden Generale im Verhältnis größer seien als bei uns.
 Abg. B. v. d. E. widerspricht dem.
 Abg. Müller-Weinigen (fr. Vp.): Daß die Offiziere, die sich an mich wenden, ihre Klagen nicht gegen mich richten wollen, ist doch sehr begreiflich. Sie, Herr Kriegsminister, glauben gar nicht, wie groß unter den Offizieren die Erbitterung ist über die Bevorzugung der Adligen.
 Abg. Gans zu Putlitz (konf.): Das Bedauern sei jedenfalls vorhanden, die Adligen nicht zu bevorzugen.
 Abg. Gothein (fr. Vp.) tritt diesen Ausführungen entgegen.
 Abg. Erzberger (Ztr.): Im Falle Grolmann ist der springende Punkt doch der, daß dieser strafverurteilte Hauptmann auf der Reise befördert worden ist. Wäre nicht dessen Name man im Lande nur schwer an den Ernst der Beförderung der Mißhandlungen glauben.
 Minister von Heeringen: Von 1880 bis 1905 hat sich die Verhältniszahl der Adligen und nichtadligen Generale und Oberen zu Gunsten der Nichtadligen verbessert.
 Abg. Gothein (fr. Vp.): Der Vergleich des Ministers weist nur, daß infolge der starken Vergroßerung der Armee seit 1880 die Zahl der Adligen nicht mehr ausreichte, so daß auf Würdiger zurückgegriffen werden mußte.
 Abg. Müller-Weinigen (fr. Vp.) stellt fest, daß der Minister mit keinem Wort mehr auf den Fall Grolmann eingegangen ist.
 Damit schließt die Debatte. — Weiter folgt

Abg. Mommsen (fr. Vp.) über die Fortdauer der Mahon-Beschränkungen in Danzig.
 Oberst Wandel erklärt dies damit, daß Danzig als Festung keineswegs aufgegeben sei, sondern als solche noch Bedeutung erhalte.
 Abg. Kober (natl.) wünscht Einschränkung der Betriebsverhältnisse von Oekonom-Handwerkern im Interesse des freien Handels.
 Ein Kommissar des Kriegsministeriums erklärt, daß solche Oekonom-Vertriebsstätten nur noch da eingerichtet würden, wo es dringend geboten erscheint.
 Für die Wahrung der Interessen der freien Handwerker treten dann noch die Abgg. Pauli-Boisdam (konf.) und Zrl (Ztr.) ein.
 Beim Abschnitt Offiziere in besonderen Stellungen kommt
 Abg. Müller-Weinigen (fr. Vp.) auf die Stellung des Militär-Kabinetts zurück. Das Verfassungswidrige der ganzen Institution beruhe darauf, daß das Militär-Kabinetts in das Militär-Gerichtswesen eingreife. Notwendig sei die Bereidigung der Offiziere auf die Verfassung, wie dies schon 1880 von dem Könige ausdrücklich angeordnet und angeordnet worden sei.
 Kriegsminister von Heeringen: Ich habe nicht gesagt, es sei unmöglich, das Militär-Kabinetts dem Kriegsminister zu unterstellen, sondern gesagt, dazu müßte die Verfassung geändert werden.
 Beim Kapitel Selbstverpflichtung der Truppen wünscht Abg. Kober (natl.) Einstellung von Rezipienten für Offiziere im Beurlaubungsstand und kommt auf die Adelsfrage zurück, um die Klagen der Vintzen zurückzuweisen.
 Abg. Gothein (fr. Vp.) führt Beschwerde über Zurückziehung jüdischer Einjähriger überhaupt und bei der Wahl zu Reserve-Offizieren in besonderen.
 Kriegsminister von Heeringen: Die Fälle, die der Sprecher bezeichnet hat, sollen gründlich untersucht werden. Welche kann ich nicht tun. Die weitestgehenden Leistungen der jüdischen Einjährigen im Einjährig-Freiwilligen sind zu berücksichtigen. Die Persönlichkeit muß sorgfältig daraufhin geprüft werden, ob sie geeignet ist, die Autorität zu wahren. Das Recht der Reserve-Offizier-Korps, ihre Mitglieder zu wählen, entspricht einem demokratischen Grundsatz, dessen Verwirklichung Sie am allerwenigsten bezweifeln wollen.
 Abg. Gothein (fr. Vp.): Nach dem, was wir eben gehört haben, werden die Offizier-Korps erst recht so ablehnend wie bisher gegen jüdische Einjährige bleiben. Sie haben jetzt einen Grund mehr dazu und werden sagen: Es fehlt ihnen die Achtung gebührende Erscheinung. (Beifall.) Überall wird man den Grund haben, daß der Minister das Vorgehen der Offizier-Korps einfach hat verteidigen wollen.
 Kriegsminister von Heeringen: Ich lege Verantwortung, daß meine Worte irgendwie in antisemitischem Sinne aufgefaßt werden könnten.
 Abg. Kugler (fr. Vp.): Das glauben aber doch wohl die Herren auf der Rechten selber nicht, daß in 28 Jahren nicht ein einziger jüdischer Einjähriger befähigt gewesen wäre, Vorgesetzter zu sein!
 Damit schließt diese Aussprache. Bei dem Kapitel über die Bildung eines Veterinär-Offizier-Korps spricht Abg. Ojann (natl.) für diese Neueinrichtung, desgleichen Abg. Liebert (Rp.).
 Abg. Sommer (fr. Vp.) erklärt sich namens des größeren Teiles seiner Freunde gleichfalls für die Vorlage.
 Abg. Zubeil (Soz.) begründet die Forderung seiner Partei auf Einschränkung der Militärausgaben zur Befriedigung der Zivil-Berufswirter.
 Abg. G. v. d. E. (natl.): Die Verfügung der Militärausgaben wird nicht vollständig durchgeführt. Man sollte auch dafür sorgen, daß die Militär-Büchsenmacher dem Handwerk nicht Konkurrenz machen.

Abg. Zrl (Ztr.) stimmt zu und erweitert die Frage auf die Militärschmiede.
 Abg. Kopsch (fr. Vp.) spricht im gleichen Sinne über die Militärschmiede.
 Oberst Wandel macht Mitteilung über die erlassene Verfügung.
 Abg. Wehl (natl.) führt Beschwerde darüber, daß das Provinzialamt in Hannover den in Holland kaufte.
 Oberst Zrl (Ztr.) erwidert, daß dies nur im Notfall geschehe.
 Abg. Wehl (natl.) widerspricht dem.
 Alsdann vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr, nachdem der Präsident noch Abendkassationen in Aussicht gestellt hat.
 Schluß 6 1/2 Uhr.

Badischer Landtag.

Inberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.

Zweite Kammer.

B.Z.K. Karlsruhe, 10. Febr. 1910.

32. Sitzung.

Präsident Hohrath eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Die Tribünen sind gut besetzt. Am Regierungstisch: Staatsminister von Dusch und Kommissare.
 Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Budgets der höheren Schulen.
 Berichterstatter Abg. König (natl.): An der Spitze unseres Schulwesens steht der Oberlehrer. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht ein besonderes Unterrichtsministerium gebildet werden soll. Die Frage wird von der Regierung verneint. Dagegen hat sie an die Spitze des Schulrats einen praktischen Schulmann gestellt. Redner bittet um Anstufung über die Erfolge unserer verschiedenen Mittelschulsysteme. Es kommt nicht allein auf die Systeme an, sondern in erster Linie auf die Lehrer. Den Angriffen auf die humanistischen Gymnasien könne er sich nicht anschließen. Es ist nicht wahr, daß diese Anstalten mit Griechisch und Latein unpraktische Menschen heranzüchten. Der unpraktische Mensch werde auch in einem anderen System nicht praktischer. Es kommt nicht auf die Weiterbildung an, sondern diese Anstalten müssen auch das Gemüt, den Charakter bilden. In Freiburg und Karlsruhe hat der Versuch der Gymnasien zugunsten der Realanstalten abgenommen. Die Gymnasien, die bisher Zuschüsse zu den Gymnasien leisteten, werden von 1910 an diese Beiträge, insgesamt 36 000 Mk., nicht mehr leisten, weil diese Anstalten Staatsanstalten sind. Die Kosten werden mit der Zeit ganz auf den Staat übernommen werden müssen. Die Realanstalten sind neueren Datums. Die großen Städte haben hier große Mittel hierfür aufgewendet. Diese Anstalten dienen aber nicht allein diesen Städten, sondern dem ganzen Land. Es wird deshalb auch hier dahin kommen, daß die Kosten auf den Staat übernommen werden müssen. Etwas anderes kann es sein bei kleineren Anstalten, die lokalen Interessen dienen. Er müsse aber betonen, daß der Staat diese kleinen Anstalten auch unterstützen muß, weil sie der ländlichen Bevölkerung und ärmeren Leuten ermöglichen, ihre Talente auszubilden. Das liegt im höchsten Staatsinteresse. Nun ein Wort über die jungen Mädchen, die Mittelschulen für Knaben be-

suchen. Ueber die Koedukation ist schon viel hier gesprochen worden. Die Regierung möge Auskunft über ihre Erfahrungen geben. Er sei dafür, daß den Mädchen das Studium ebenso wie den Knaben gewährt werde. Die höheren Mädchenschulen weisen die hohe Besuchsziffer von 5166 auf. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung Mitteilung über die Erfahrungen machen würde, die sie mit den Realabteilungen an diesen Schulen gemacht hat. Es wäre ein nobile officium, an diesen Schulen nur etatmäßige Lehrer anzustellen. Nun komme ich zu den Lehrereminaren. Hier müssen wir die besten Lehrer haben, weil hier die Lehrer für das Volk ausgebildet werden. Hier muß das gute Beispiel gegeben werden. Für die Lehrereminare ist gerade der beste Lehrkörper gut genug. Die Lehrer werden hauptsächlich auf den Mittelschulen vorgebildet. Es ist Beschluß der Budgetkommission, entsprechend dem Prinzip der Simultanität der Volksschule die Simultanisierung der Lehrereminare möglichst durchzuführen. Die Kommission stellt den Antrag:
 Die Zweite Kammer wolle in Ausgaben und Einnahmen für die Budgetjahre 1910/11 genehmigen: in Ausgabe A ordentlicher Etat jeweils pro 1910 und 1911, also für ein Jahr, A. Oberlehrer 234 200 Mk., B. Kreislehrer 161 100 Mk., C. Gymnasien 1 056 300 Mk., D. Lehrerbildungsanstalten 724 400 Mk., E. Knaben- und Taubstummenanstalten 202 700 Mk., F. Realanstalten 1 146 100 Mk., G. höhere Mädchenschulen 132 700 Mk., H. Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen 38 500 Mk., K. für besondere Unterrichtswecke 25 000 Mk., zusammen 3 734 500 Mk. B. Anstaltsleiter 549 160 Mk. In Einnahme: Ordentlicher Etat jeweils pro 1910 und 1911, also für ein Jahr, 10 150 Mk.

Generaldenke

erhält das Wort zunächst
 Abg. Mümmel (Ztr.): Ein Engländer habe gesagt, wir fürchten nicht die deutschen Schiffe und Kanonen, sondern die deutschen Schulen. Es werden viele Vorschläge zur Verbesserung der Schulen gemacht. Im allgemeinen sind die Verhältnisse bei uns gut. Die Zahl der etatmäßigen Lehrer ist aber zu gering. Das liegt nicht im persönlichen Interesse allein, sondern vielmehr der Schule selbst, die dadurch stabilere Verhältnisse erhält. Was den im letzten Landtag beschlossenen Gehaltsstarif anbelangt, kann ich sagen, daß die akademisch gebildeten Lehrer damit zufrieden sind. Auch der Religionsunterricht ist gut untergebracht. Redner beipflichtet jedoch den letztjährigen landesherlichen Erlass, der einen Fortschritt bedeutete. Die Koedukation ist im Prinzip abgelehnt; es wird aber dem Bedürfnis, da wo es vorhanden ist, Rechnung getragen. Die Frauenbewegung ist berechtigt; aber die Frage, ob prinzipiell die Mädchen an Knabenschulen zugelassen sind, möchte ich verneinen. Vom Standpunkt der Leistungen aus wäre nichts einzuwenden. Es entstehen aber andere Bedenken; hier muß gesagt werden, daß die Nachteile die Vorteile überwiegen. Man spricht von dem verheerenden Einfluß der Mädchen auf die Knaben. Davon konnte ich in den vier unteren Klassen meiner

Bei den Haberern.

Eine wahre Geschichte aus dem bayerischen Hochland von C. W. St. d. H.
 (Fortsetzung.)
 Wirklich waren nun die Bayern ganz überhäuft und entmutigt; wohl die allermeisten wären bereit gewesen, einen gefahrlosen nächtlichen Auszug mitzumachen, aber sie säckelten davor zurück, sich in ein förmliches Gefecht in der Finsternis, noch dazu mit Soldaten und Gendarmen, einzulassen und dabei Leben, Freiheit und Vermögen zu riskieren, so daß sich auf diese Aufforderung eines ihrer Genossen hin, der niemand anders als der Wildburrer Toni gewesen sein mag, sofort der ganze Haufen der Haberer aufrückte und in wenigen Augenblicken der freie Platz bis zum nahen Wald von fliehenden, dunklen Gestalten überfüllt war. Der kommandierende Offizier schien dem Grundfatz zu huldigen: „Vone dem fliehenden Feinde eine goldene Brücke“ oder er sollte aus eigene Befehle für diesen Fall; genug, er rückte mit seinem Zuge wohl den elfig dahinter, ließ aber dann „Halt“ trommeln und den beiden anderen ihm untergebenen Zügen, sowie den ihm beigegebenen Gendarmen-Posten die Signale geben, sich ihm wieder anzuschließen.
 Die zuerst vom Militärkommando abgefeuerten Schüsse schienen aber doch ein Opfer gefordert zu haben! Auf einer leichten Erhöhung, ganz nahe dem vorigen Standplatz, stand ein Holzapfelbaum, dessen Stamm dicht von Gabelständern umhüllt war, so daß das Plätschen ein vortreffliches Versteck abgab. Eine der Stängel mußte nun vom Stamme abgekrallt sein und den getroffen haben, welcher sich in

jenen Buschwerk verborgen hatte, denn mit gellendem Anfschrei schellte jemand aus diesem Versteck hervor, um dann hart neben der Stauden, aber schon auf der Halde zusammenzubrechen und leise stöhnend liegen zu bleiben.
 Jetzt, wo Militär und Gendarmen von diesem Platze ziemlich ferne standen, blickte eine weibliche, ganz in ein schwarzes Tuch gehüllte Gestalt zu dem, wie es schien, tödlich Verwundeten hin, kniete bei ihm nieder, beugte sich über sein im Mondschein fast gespenstisches Gesicht, das ganz von Blut überströmt war, und flüsterte: „Ich hab' mich nicht getraut, es ist der Gnade Hans! Ja, unser Herrgotts Mädchen mahlen langsam, aber sicher!“
 Eben jetzt liegen die tiefen, schmerzlichen Atemzüge des Unseligen erkennen, daß die Rebel der Bewußtlosigkeit noch einmal von seinen bereits nun nachteilig gewordenen Sinnen zu weichen begannen. Die vertriebe, abgekrallte Angel war ihm am rechten Schenkel in den Schenkel gedrungen und hatte ihm die Augen vernichtet, so daß es für ihn keine Hilfe, keine Rettung mehr gab. Der Unglückliche hatte der bösen Begierde, seine Kacke an dem Wadener Ball, dem Vergessenen und seiner Tochter zu fröhnen, nicht zu widerstehen vermocht, während sein Protherr, der Müller, dem das Wagnis doch zu groß dünkte, bald unter irgend einem Vorwand von der weiteren Begleitung seines Knechtes abgetandeln und im Sichern zurückgeblieben war. Der Gnade-Hans hatte sich jenen ihm wohlbekanntem Versteckplatz zur Beobachtung erwählt, um die Haberer vorbeiziehen zu lassen, ihnen dann unbemerkt zu folgen und darauf in der Nähe des Sollinger Vores Augen- und Ohrenzeuge des seiner Ansicht nach erst dort stattfindenden Zusammenstreffens der Militärmacht mit den Haberern zu werden. Vorausichtlich spielte

Wahl eine hervorragende Rolle bei dem sich entspinrenden Geschehe, und er wollte sich so recht an Unglücke des ihm verhassten Jungburschen freuen! Nun ging das so wahre Sprichwort scharflich an ihm in Erfüllung: „Wer einem andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“, und während er jetzt selbst mit dem Tode rang, lag Ball in vollster Sicherheit in Mündchen, wohin ihn sein Vater gleich nach seiner Heimkunft geschickt hatte, um als sein Bevollmächtigter in einem Prozesse neben dem von ihm bestellten Advokaten bei Gericht zu erscheinen, da der betreffende Rechtsbeistand schon in der letzten Instanz schwabte. Der Hauptgrund war aber wohl der, daß der kluge Vater den feurigen Sohn so weit als möglich fort schaffen wollte an jenem Montag, wo dem Sollinger und seiner Tochter „getrieben“ werden sollte, da er bei Volkes unbewegter Liebe für Gilly mit vollem Grunde befürchten mußte, der einzige Sohn und Erbe würde sich gegen seine väterliche Autorität und gegen die altererbte Würde eines Habermeisters im Wadener Hause ungestimmt auflehnen und es zum unheilbaren Bruch zwischen Vater und Sohn kommen lassen.
 „Wer ist bei mir? ... Wer kümmert sich um mich elenden Anb'n?“ lallte der tödlich verwundete Gnade-Hans.
 „Schau, ich die Hölle-Wab'n bin bei Dir!“ sagte jetzt das barmherzige Mädchen leise und sanft. Der Sterbende wollte sich noch aufrichten, vermochte es aber nicht mehr, er langte wohl nach seinem Gesicht, als sollte die schwache, zitternde Hand die zerstückte Schraube unterkriegen, allein die Augenlider gänzlich vernichtet, geborsten nimmer! „Aber schon sterben, — das ist bitter — bitter! Auch hab' ich noch so viel am Herzen und das, — das drückt mich so schwer!“

Die Müllerstochter drang nun sanft aber ernst in ihn, mit seinem Geständnis nicht länger mehr zu zögern, um wenigstens dadurch noch auf zu machen, was er könne, und also um vieles erleichtert in die Enge zu eingeben, wo ihm unser Herrgott, der ja allbarmherzig ist, gewiß ein gnädiger Richter sein würde!
 So bekannte denn der unselige Mensch alle die Verleumdungen, die er über den Vergewaltner und seine Tochter ausgesprochen und gab ihnen, schon in den letzten Zügen liegend, ihre volle Ehre wieder.
 Jetzt schwebte der Unglückliche für immer. In seinem zerstückelten Kopfe war ein Haupt-Gesäß nachgeborsten und eine nachfolgende starke Blutergießung erstickte ihn!
 „Er hat's überstanden! Gott geb' ihm die ewige Ruh'!“ betete fromm und halblaut die wadere Maid, erschraf aber sehr, als hinter ihr eine angenehme klingende Männerstimme den Schlußsatz des Totengesetzes sprach: „Und das ewige Licht erleuchte ihn Amen!“
 Erdröckten schaute sie auf und sah hinter sich die hohe Gestalt des die Truppenabteilung kommandierenden Offiziers stehen, der noch größer erschien durch den Helm mit dem sogenannten Bärenschweif. Der Oberleutnant hatte die Gruppe von dem Halteplatz aus bemerkt und war in Begleitung eines Korporals und eines Soldaten von rückwärts unbemerkt an das Wadener herangekommen. Das letztere hatte, ganz in Anspruch genommen durch das Geständnis des Sterbenden nichts gehört von dem Gerannahmen der drei Krieger, und diese waren hochwürdige Zeugen der Ehrenerklärung des so schwer verleumdeten Sollinger Melchior und seiner Tochter Gilly geworden. (Fortf. folgt.)

Anfall nichts konstatieren. Im allgemeinen sind bei Steifigkeiten die Mädchen im mündlichen und handgreiflichen Verfahren überlegen; die Schuldisziplin wird von Mädchen mehr verlegt als von Knaben. Man sollte daher jedes Geschlecht dahin verweisen, wo es nach seiner Art erzogen werden kann. Ich bedauere, daß das Schulgeld für 7klassige Anstalten mit der Höchstgrenze von 108 Mark zugelassen wurde. Auch bei Genährung von Stipendien und Freiplätzen wird sich mancher Vater wegen des hohen Schulgeldes hüten, seine Söhne an diese Anstalten zu schicken. Eine Abhilfe würde das Niveau der Schule heben, wenn talentvollen Knaben so leichter der Zugang ermöglicht würde. Der Abgang der untauglichen oder trägen Schüler würde sich viel natürlicher vollziehen. Große Sorgfalt ist bei der Auswahlprüfung zu beobachten, weil die Kinder aus den verschiedenen Verhältnissen kommen. Eine große Rolle spielt bei der Aufnahmeprüfung die Stellung, die der Schüler im Elternhaus einnimmt. Der Geheimratsohn wird dem Bauernknaben voraus sein. Es ist verlangt worden, daß schlechte Schüler möglichst bald abgehoben werden. Es ist aber zu berücksichtigen, ob schlechtes Talent, Trägheit oder Krankheit Schuld sind. Oft kommt es vor, daß Schüler, die zuerst schlecht waren, später, wenn die Aufgaben größer werden, die besten Schüler werden und umgekehrt. Mandes große Talent wäre erstickt, wenn die Schule nicht mit Vorlicht zu Werke ginge. Es ist ungenügender, den Eltern beizubringen, daß ihr Kind unbegabt ist. Es wird heute kaum weniger verlangt als früher. Es ist nicht richtig, von geringen Leistungen im Staatsexamen auf geringe Leistungen der Schule zu schließen. Es liegen dazwischen verschiedene Semester und persönliche Momente. Es kommt vor, daß Schüler, denen man gute Aussichten prophezeit, nicht ansprechen, während schlechte Schüler sich besser machten. Es ist zweifellos zu begrüßen, daß die Zahl der Mittelschulen sich bedeutend vermehrt hat. Selbstverständlich wird auch diese Entwicklung ihre Grenzen finden, ich halte sie aber noch nicht für abgeschlossen. Die Bevölkerung der kleineren Städte hat ein Anrecht darauf, daß ihnen die größte Bildungsmöglichkeit gegeben wird. Ueber die Gleichberechtigung der Schulgattungen ist heute noch kein abschließendes Urteil möglich. Den Gymnasien sollte man die Stellung lassen, die sie innehaben. Den Spielnachmittagen, die im letzten Landtag viel erörtert wurden, habe ich sympathisch gegenüber; aber unsere Nation ist nicht so entkernt, wie man sie oft hinstellt. Diese Spielnachmittage wirken aber erzieherisch. Der Großstadtschüler fehlt vielfach das Verständnis für das Leben und Wesen in der Natur. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Großstadtschüler von gewissen Klassen ab gärtnerisch oder landwirtschaftlich beschäftigt werden könnten. In den Spielnachmittagen können die auswärtigen Schüler nicht teilnehmen. In kleineren Städten spielt die finanzielle Frage eine große Rolle. Er bitte, die Meistbietenden zwischen den großen und kleinen Anstalten gleichmäßig zu verteilen. Nach dem Vorschlagsrecht der Städte haben diese die Tendenz, mehr junge Herren als Direktoren heranzuziehen, während der Staat die älteren bevorzugt. Hier sollte eine Einigung erzielt werden. Redner bittet, den Lehramtspraktikanten den Titel Lehramtsassessor zu geben. Mögen unsere Verhandlungen beitragen zur Förderung unserer Schulen und damit des Vaterlands! (Weiß im ganzen Haus.)

Präsident Kofrhurst: Es ist ein Antrag der Linken eingegangen: Die Großh. Regierung wird erucht, bei allen badischen Lehrerseminaren den von ihr grundsätzlich anerkannten Simultankarakter alsbald zur Einführung zu bringen. Zur Begründung erhäft das Wort

Abg. Frank (Soz.): Das Lob über unter Schulwesen komme in der Hauptsache den großen Städten zu. Die Anerkennung für die humanistischen Gymnasien müsse eingeschränkt werden. Er halte die gegenwärtige Mischung der Systeme für das Beste. Die körperliche Erziehung müsse mehr gefördert werden. Es sei ein großer Fortschritt, wenn hier eine Umkehr festgefunden hat. Ein Anfang wurde mit der Einführung der Spielnachmittage gemacht. Wir haben mit Bedauern gehört, das Interesse lasse nach den ersten Wochen schon nach. Es wäre bedauerlich, wenn wegen der finanziellen Frage der Plan scheitern sollte. Der Vorredner hat auch über die Koedukation gesprochen. Er sei aber nicht der Ansicht wie dieser, daß sie sich nicht bewährt habe, sonst wären laute Klagen erhoben worden. Wir verlangen, daß die Schulaufsicht eine strenge ist. Ich möchte an die Regierung die Anfrage richten, ob sie über zwei Fälle Auskunft geben will, wo Organe der Regierung es an der nötigen Aufsicht bei einzelnen Mittelschulanstalten fehlen ließen, auch an dem nötigen Tempo beim Einschreiten. Ob neben Falloren der Regierung andere Faktoren eine Unterlassungsschuld auf sich laden, will ich heute nicht unteruchen. Ich halte alle Prüfungen für verwerflich, sie beweisen nur, ob einer bessere werden hat. Das Einschulungsprivileg sollte abgeschafft werden; es ist ein Valast für die Mittelschulen. In der Demokratisierung der Mittelschule hat die Kirche früher gewiß große Verdienste gehabt, indem sie Leuten aus den ärmeren Schichten die Studien ermöglichte und so die besten Kräfte für Staat und Kirche gewann. Der Staat, der in diesen Dingen an die Stelle der Kirche getreten ist, muß hier auch die guten Traditionen der Kirche hochhalten. Der Staat soll deshalb weltliche Internate einrichten. Ich stimme Wimmel zu, daß der Errichtung von Mittelschulen an kleineren Plätzen kein Hindernis in den Weg gelegt werden soll.

Der Antrag betr. die Simultanisierung der Lehrerseminare bezweckt keine Neuerung. Die Regierung hat sich im Prinzip schon früher dafür ausgesprochen. Der jetzige Zustand ist eine Halbheit. Er könne nicht bestehen, daß Lehrer für ein gemischtes Schulsystem an konfessionellen Anstalten ausgebildet werden. Der Högling soll die Möglichkeit haben, ohne Rücksicht auf seine Religion die Ausbildung an allen Seminaren zu erlangen. Wir sind für die Errichtung eines Unterrichtsministeriums. Die Mittelstellen sind zu vermindern. Ich muß hier einen Fall zur Sprache bringen, für die der Oberschulrat und das Ministerium verantwortlich sind: Die Maßregelung des Oberlehrers Bödel. (Präsident Kofrhurst: Diese Sache geböre zur Volkskammer!) Ich wollte dem Oberschulrat und dem Ministerium den Vorwurf machen, daß sie das Ansehen des badischen Staates nicht gewahrt haben. Die 10 Minuten, die Bödel zur Verfügung standen,

reichten nicht aus, auch die Vorzüge der badischen Schulen zu erörtern. Sätte er diese allein behandeln sollen, so hätten 10 Minuten gereicht. Man habe die Maßregelung aus politischen Motiven vorgenommen; man wolle die Lehrerbewegung treffen. Wenn die Lehrer nichts mehr sagen dürfen, so haben ihre Versammlungen keinen Wert, und ebenso auch die Gutachten, die man von ihnen verlangt. Die Lehrer müssen gesichert sein gegen Maßregelungen wegen freier Meinungsäußerung. Die gute Entwicklung der Schule ist nur garantiert, wenn die freibewilligen Grundzüge gewahrt werden.

Abg. Köhlin (nat.): Im Namen seiner Freunde wolle er erklären, daß sie für die angeforderten Positionen stimmen werden. Nicht nur der Städte hat heute einen Drang nach höherer Bildung, sondern auch die ländliche Bevölkerung. Dieser Drang darf nicht gehemmt werden. Wenn der Berichterstatter die humanistische Bildung und das Gymnasium lobte, so möchte er sein Lob der Realschule widmen. Ich kann meiner Freude Ausdruck geben, daß der Staat zu den städtischen Lehranstalten Beiträge leistet; rein städtische Anstalten wünschen wir nicht. Er möchte die Regierung bitten, die Befestigung der Beiträge der Städte zu den staatlichen Anstalten herbeizuführen. Den Wunsch, den gehobenen Lehramtspraktikanten den Titel Lehramtsassessor zu geben, könne er unterstützen, da er ja nichts koste. Die Mathematiker sollten nicht hinter den Neu-Philologen zurückstehen müssen. Die Schulgebäudeerhöhung brachte eine Mindererhebung von 20000 Mark. Für die höheren Mädchenschulen sei das Schulgeld besonders hoch. Wir achten das Streben in der Frauwelt nach höherer Bildung. Wir halten es nicht für richtig, dieses Streben durch eine besondere Steuer zu hemmen. Der Ausbau des Lehrganges der höheren Mädchenschulen hat ganz erfreuliche Erfolge gezeigt. Dank und Anerkennung gebührt auch den Städten. Es bestehen auch Wünsche, so bezüglich der Lehrerinneneminare, der Verechtigungen. Es mag dadurch manches Ideal in Trümmer gehen. Die Knabenschulen haben ein Privilegium, das sollte auch den Mädchen gewahrt werden. Die Abschlußprüfung der Klasse I der höheren Mädchenschule sollte gleichgeachtet werden dem Promotionszeugnis für Obersekunda. Wenn er sich ablehnend gegen die Koedukation ausspreche, so gesehe das nicht aus sittlichen Bedenken, sondern weil die Eigenschaften und Veranlagungen bei Knaben und Mädchen verschieden sind. Redner beruft sich auf eine Schrift von Dr. Burgerlein, wonach Erkrankungen, Kopfschmerz, Weichsicht und dergl. bei den Mädchen viel häufiger sind als bei den Knaben. Es sollte aus diesem Grunde auch eine Reform des Mädchenturnens angestrebt werden. Es sind von Abg. Dr. Franz zwei Fälle angebeutet worden. Er hat eine Erklärung der Regierung gemüht. Auch wir wünschen diese Erklärung. Mit Rücksicht auf Eltern und Kinder wollen wir aber von einem weiteren Eingehen auf die Fälle absehen.

Staatsminister von Zuch: Auf verschiedene Fragen brauche er keine Antwort zu geben, weil die Stellung der Regierung bekannt ist; sie betreffen die Organisation der Unterrichtsverwaltung. An eine Aufhebung der kollegialen Mittelstelle ist nicht zu denken. Das Ministerium hat noch nie Anlaß gehabt, gegen eine Entziehung des Oberschulrats Stellung zu nehmen. Es finden gemeinsame Besprechungen statt. Ich kann mich den Ausführungen des Berichterstatters über humanistische und realistische Bildung anschließen. Weidwerden sind bis jetzt nicht herorgetreten über die Verechtigung der verschiedenen Systeme. Unsere ältesten Praktikanten (Mathematiker) sind aus dem Jahre 1903. Die Juristen wären froh, wenn sie sich in gleichen Verhältnissen befänden. Ich vermag die Ansicht, daß die schulischen Leistungen der Städte zu verringern sind, nicht zu teilen. Ueber die Koedukation bestehen Zweifel. Auch das, was die Schulmännerversammlung ergab, kann uns nicht veranlassen, von dem bisher eingeschlagenen Weg abzugehen. Der Oberschulrat hat Erhebungen veranlaßt und bestätigt, daß die Erfahrungen gute sind. Die Frage des Schulgeldes ist berührt worden. Es herrscht auf diesem Gebiet die größte Freiheit der Gemeinden. Wichtig ist, daß das Schulgeld für die höheren Mädchenschulen sehr hoch ist; das geschah auf Verlangen der Städte. Frank habe das Lob für die Städte reklamiert auf Kosten der Städte. Der badische Staat steht mit seinen Leistungen für die Realanstalten an der Spitze der deutschen Staaten mit 1 100 000 Mk. Der Titel Lehramtsassessor koste nichts; es fragt sich aber, ob die Beteiligten damit zufrieden sind, bisher sind sie nicht einig. Wir sind gerne bereit, entgegenzukommen, wenn uns ein geeigneter Titel genannt wird. Bezüglich der Fälle, die erwähnt wurden, wo Lehrer wegen sittlicher Verfehlungen bestraft wurden, kann ich überausende Mitteilungen nicht machen. Die Regierung ist alsbald eingeschritten, sobald sie davon erfuhr. Zur Frage der Simultanklassen, die im letzten Landtag mit 31 gegen 30 Stimmen abgelehnt wurde, müße er sagen, daß es keine prinzipielle, sondern eine praktische Frage sei. In Karlsruhe ist ein gemischtes Seminar; im Seminar II werden die Israeliten und Katholiken ausgebildet werden. Dem Religionsunterricht muß Rechnung getragen werden. Der Antrag geht aber darauf hinaus, daß der Religionsunterricht durch Lehrer besetzt werden soll. Das ist die Frage. Wir werden unsere Stellungnahme vorbehalten, bis die Debatte sich darüber gefahrt hat. Er bedauere, daß der nationalliberale Redner sich nicht zum Fall Bödel geäußert habe. Er teile den Standpunkt des Berichters. Wer die „Neue Bad. Schulzeitung“ kenne, deren Redakteur Bödel ist, muß sagen, daß von einer Beschränkung der freien Meinungsäußerung nicht die Rede sein kann. Man müße sich wundern, daß es Bödel in 10 Minuten möglich war, soviel Positives gegen die badischen Schulen zu schandern. Ich fühle mich durch die Verurteilungen Bödels nicht beleidigt, muß mich aber dagegen verwahren, daß die badische Lehrerschaft an die Wand gedrückt werde. Es ist ein Unterschied zwischen Kritik und bösherrlicher Behandlung. Es war endlich an der Zeit, einmal einzuschreiben. Es wäre mehr als einmal dazu Anlaß gewesen.

Abg. Hummel (Dem.): Im Fall Bödel sei mit einer großen Nervosität vorgegangen worden. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß ein selbständiges Ministerium der Bedeutung des Schulwesens entsprechen würde. Man hat den Eindruck, daß zu sehr Kleinigkeiten zwischen den Direktoren der Mittelschulen und dem Oberschulrat eine Rolle spielen, die die Direktoren allein sollten erledigen können. Die Schulvorstände sind zu sehr Verwaltungsbeamte. Es ist zu wünschen, daß sie mehr und mehr entlastet werden. Das kollegiale Prinzip sollte mehr durchgeführt werden. Als auffälliger Mangel an vielen Mittelschulen müssen die Beziehungen zwischen Eltern und Schule, die zu wünschen übrig lassen, bezeichnet werden. Eltern und Kinder betrachten die Schule vielfach als den zu bekämpfenden Feind. Bei Schulüberjammis stellen oft Eltern eine Entschuldigungsansicht, der man schon ansieht, daß sie nicht stimmt. Die Schule wird für Dinge verantwortlich gemacht, für die sie in der Großstadt nicht mehr haften kann. Den Schülern ist der Wirtshausbesuch und Beitritt zu Schülerverbindungen verboten. Die Eltern unterstützen aber die Studenten in ihrem Gang, diese Vorwürfe zu übertreten, durch das Taschengeld. An unseren Mittelschulen sollte man ein möglichst stabiles, etatmäßiges Lehrpersonal haben. Den Lehrern der Geographie sollte ermöglicht werden, Deutschland und Baden genau kennen zu lernen durch Reisebroschüren und was ganz revolutionär wäre — durch Freikarten für die Eigenbahnen zu gewissen Zeiten. Die Spielnachmittage sind eine hehrwürdige Einrichtung, konnten aber praktisch nicht durchgeführt werden, weil weder der Staat noch die Städte dafür zahlen wollten. Der Beginn der Unterrichtszeit im Sommer sollte auf 7 Uhr festgelegt werden. Ueber die Koedukation wolle er sich nicht weiter verbreiten. Man werde sich in einem Jahrzehnt wundern, daß hierüber solche Debatten stattfinden konnten. Es ist vom Minister bezüglich des auch von uns unterzeichneten Antrags betr. die Simultanisierung der Seminare gesagt worden, wir hätten diesen Antrag gestellt, um auf die Verechtigung des Religionsunterrichts durch die Lehrer hinzuwirken. Wir haben an diese Seite der Frage nicht gedacht. Es wäre deshalb überflüssig gewesen, diesen Vorwurf gegen uns zu erheben. Wenn der Minister sagte, es seien im Seminar I in Karlsruhe und in Meersburg schon einzelne anderer Konfessionen gewesen, so seien dies eben die Konfessionschulen. Der Landverstand sollte höher geachtet werden. Redner wendet sich gegen das Einschulungsprivileg.

Abg. Vansbach (kon.): Wir werden die angeforderten Positionen bewilligen. Er hätte eine gleichmäßigere Verteilung der Beiträge an die einzelnen Mittelschulen gewünscht. Einzelne Städte, so auch Mosbach, erhalten zu wenig. Mosbach muß jährlich 20 000 Mark hierfür auswerfen und den ganzen Betrag der Sparkasse hierfür verwenden. Mosbach habe den dringenden Wunsch, daß seine Anstalt in ein Volksgymnasium umgewandelt werde. Dadurch würden auch viele Verletzungen überflüssig. Wenn man eine landwirtschaftliche Mittelschule errichten wolle, solle man Mosbach berücksichtigen. Auch wenn ein weiteres Lehrerseminar errichtet werden sollte (Gelterkeit links), wäre Mosbach ein geeigneter Platz. Betreffend der Lehrerseminare hat mich die Erklärung des Ministers getreut, daß nichts an den Lehrerseminaren geändert werden soll. Es gibt eben auch Eltern, die Wert darauf legen, daß ihre Söhne an einem konfessionellen Lehrerseminar ihre Ausbildung erhalten. (Wohl rechts.)

Hier wird abgelesen:

Morgen nachmittags 1/4 Uhr Fortsetzung und Petition des Amstvereins Forstheim betr. Uebernahme der Kosten für den Anbau an der Kunstschule. Schluß nach 7 Uhr.

Lk. Karlsruhe, 10. Febr. Die Budgetkommission setzte heute die Beratung über den Eisenbahnetat fort. Zunächst gab die Regierung Auskunft über die Dienst- und Ruhezeit des in den Bahnhöfen beschäftigten Personals. Danach sind die Bahnhöfestaureure und die internationale Schlafwagengesellschaft verpflichtet, die bundesrätlichen Vorschriften genau einzuhalten. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Verechtigung der ersten Wagenklasse und Wiedereinführung des Kilometerfests steht die Regierung ablehnend gegenüber. Dagegen wäre die Regierung nicht abgeneigt, eine Erhöhung des Tarifs in der unteren Wagenklasse in Erwägung zu ziehen. Der Satz von 2 Pfa. in der dritten Klasse decke die Selbstkosten nicht. Einwilligen will die Regierung jedoch eine abwartende Stellung in dieser Frage einnehmen. Den Vorwurf des Wortbruchs bezüglich der Einführung der beschleunigten Perionenzüge weist die Regierung zurück. Die Züge kosteten pro Jahr und Zug für eine Halbstunde 4400 Mk. mehr als die Schnellzüge. Zum Schluß der heutigen Sitzung wurde über eine Petition der Stadt Forstheim wegen eines Staatszuschusses von 75 000 Mk. für den dortigen Gewerbeschulbau verhandelt. Die Regierung will den Antrag zur Verechtigung stellen, lehnt aber einen finanziellen Zuschuß ab. Die Kommission beschloß, die Petition in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß die Regierung nochmals mit der Stadt Forstheim in Verhandlung tritt.

O. Karlsruhe, 10. Febr. Die Kommission für Eisenbahnen und Straßen verhandelte heute über den Zentrumsantrag, wonach die zweite Kammer ihr Bedauern ausdrücken soll, daß die Regierung bei Erledigung von Petitionen, insbesondere solcher wegen Erbauung neuer Eisenbahnen, welche ihr empfehlend überwiegen wurden, vielfach den Wünschen der Volkvertretung nicht genügend Rechnung getragen hat. Die Regierung erklärte, daß die Eisenbahnverwaltung durch die laufenden Geschäfte in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen sei und daß die Bearbeitung neuer Projekte ohne Verletzung des technischen Personals unmöglich sei. Die Kommission will in einer späteren Sitzung zur Antwort der Regierung Stellung nehmen.

Lokales.

Karlsruhe, 11. Februar 1910.

— Aus der Ausschussung des Fremdenverkehrsvereins vom 1. Februar. Der Vorsitzende, Herr Stadtrat Oettinger, berichtet über die Bewegung des Mittelstandes in den letzten 2 Jahren. Jurecht beträgt die Mitgliederzahl 480. Er richtet an die Ausschussmitglieder die Bitte, für die Gewinnung weiterer Mitglieder, insbesondere von Geschäftleuten, die am Fremdenverkehr am meisten interessiert sind, tätig zu sein. — Es wird davon Kenntnis genommen, daß sich der Verein auch im abgelaufenen Jahre mit Erfolg bemüht hat, Kongresse, Versammlungen, größere Reisegelegenheiten hierher zu ziehen und daß solche Tagungen und Besuche auch für das laufende Jahr bevorzugen. — Die Uebernahme der Kosten der Propaganda zugunsten der vorjährigen Herren des Karlsruher Verkehrsvereins wird gleichmäßig mitgeteilt wird, hat der Verkehrsverein beschloffen, von nun an wieder, wie früher, alljährlich zwei Herren zu veranlassen, und dadurch zu veranlassen, der Ausschuss eine erhöhte Bedeutung zu verleihen. Der Ausschuss legt tünlichste Unterstützung dieser Bestrebungen zu. — Der Gartenbauverein dankt für den Zuschuß von 50 Mk., den ihm der Verkehrsverein zur Ausstellung von Prämien für besonders wertvolle Begünstigung von Feuern und Anlagen überwiesen hat. — Der Verein zur Publikation der Thomas-Ausstellungen im September v. J. und der zu Ehren des Altmeyers veranstalteten Festlichkeiten getroffen hat. Er bezieht dabei ein Schreiben des Vorstandes des Amstvereins, worin dem Verkehrsverein für seine tüchtige Bekämpfung der Ausschüsse Dank und Anerkennung ausgesprochen und der Betrag von 100 Mark zur teilweisen Bedienung seiner bezüglichen Kosten überwiesen wird. Der Ausschuss nimmt hiervon mit Freude und Dank Kenntnis. — Ueber die in der Großherzoglichen Landesgewerbebehörde eingerichtete Sonderausstellung von Schweiß- und Kleinerezeugnissen und über das Großh. Kunstgewerbe-Museum hat der Verein empfehlende Besprechungen in einer großen Anzahl von Tageszeitungen und Fachblättern veröffentlicht. Der Ausschuss bedauert bei dieser Gelegenheit allgemein, daß die Leistungen des Landesgewerbe-Museums, das vollständig neu geordnet, überaus lebensenergie und musterhaft eingerichtet ist, vom Publikum nicht durch den Besuch des Museums voll genützt werden. — Der Vorsitzende berichtet ferner über die Verhandlungen der am 27. Februar im Saal der Eisenbahnverkehrsvereine in Karlsruhe abgehaltenen Konferenz der Eisenbahnverkehrsvereine in Baden und Württemberg, die am 14. November v. J. auf Anregung des Amstvereins und des Verkehrsvereins in Karlsruhe abgehalten wurden und bei denen auch der Karlsruher Verkehrsverein vertreten war. — Einer von Interessenten des Bundesamtes für Eisenbahnen an die Großherzogliche Eisenbahndirektion gerichteten Petition um Verbesserung der Zugverbindungen mit der Pfalz ist der Verkehrsverein beigetreten. — Auf die Eingabe des Vereins an die Großh. Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen um Genehmigung der Anbringung farbiger Stadnanzeichen in den Eisenbahnhöfen 1. und 2. Klasse ist ein abschlägiger Bescheid ergangen. Der Ausschuss beschließt, die Sache weiter im Auge zu behalten. — An den vom Badischen Landesverband zur Lösung des Fremdenverkehrs in einer größeren Zahl der hervorragenden Tageszeitungen und Familienblätter eingerichteten Sammelinferraten hat sich der hiesige Verein mit einer Anzahl von Karlsruhe beteiligt und dafür rund 900 Mk. herausgegeben. Auch an den Winterhochzeiten des Landesverbandes wird der Verein in entsprechender Weise teilnehmen. — Das Führermaterial der hiesigen Stadt und auswärtiger Orte soll in der öffentlichen Ausstellung, eine Resolution des Bundesamtes nicht deutsch Verkehrsvereine folgend, grundsätzlich nicht mehr unentgeltlich abgegeben werden, um eine Vereinfachung des meist kostspieligen Materialmaterials hinauszuhalten. Der Karlsruher Führer wird in der nächsten Ausgabe um 10 Pfa., nach auswärtigen lokalen franco verabsichtigt. Die Herausgabe eines französischen Prospekts über Karlsruhe ist geplant. Die neue, schön ausgestattete Karte „Deutschland“ des Bundesamtes hat die hiesigen Verkehrsvereine durch Inzertierung und Abonnement unterstützt. — Die Adressbücher der meisten großen Städte Deutschlands liegen in der öffentlichen Ausstellung zu jebermanns Benützung auf. Die Adressbücher von Berlin, Frankfurt und München, die durch die betreffenden Verkehrsvereine nicht zu erhalten waren, sollen auf andere Weise beschafft werden.

Geschäftliche Mitteilung.

Um einem wirtschaftlichen Bedürfnisse unserer Geschäftswelt zu entsprechen, ist dieser Tage in Karlsruhe ein neues Institut ins Leben gerufen worden und zwar die Badische Treuhand-Gesellschaft m. B. H. Dasselbe bezieht sich mit Treuhänderfunktionen aller Art, sie übernimmt verbriefte und händerliche Realitäten, Kaufmännischer und industrieller Unternehmungen, Anlagen, die Verechtigung von Arrangements und Verträge, die Geschäftsliquidationen und Vermögensverwaltungen, die Einleitung der Finanzierung und Umwandlung von Gesellschaften und dergl. Besonders hervorzuheben sei noch, daß das neue Unternehmen auch die Restruktionierung und den Verkauf von Forderungen aufnehmen gewillt ist.

In Anbetracht dessen, daß viele Kaufleute, kleine und mittlere Firmen nur selten gegen Akzept und fast immer gegen offenes Ziel verlanen und oft ein großer Teil ihres Kapitals in mehr oder weniger langfristigen Forderungen festgelegt ist, wird das Institut dem Kleinverwahrer einen Bedürfnis Rechnung tragend, realen und strebsamen Geschäftleuten des Handels und gewerblichen Mittelstandes wertvolle Dienste leisten.

Neben gewissenhafter und sachlicher Erledigung der erteilten Aufträge hat sich die Gesellschaft ihre Tätigkeit der Distrikte in allen ihren Geschäftszweigen zum Ziel gesetzt. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus den Herren:

Kaufmann und Stadtrat Leop. Bödel, Badischer Bankdirektor u. Co. in Firma Alfred Seelmann u. Co., Rechtsanwält Wilhelm Frey, hier.

Die Geschäftstätigkeit wurde dem Herrn Großh. Landesgericht und für den Landgerichtsbezirk Karlsruhe durch den hiesigen Kaufmännischen Sachverständigen Herrn Karst, einer energischen zielbewußten und erfahrenen Kraft übertragen.

Das Geschäftskontak befindet sich in dem Hause des Prinzipal, 21 (Eingang Ludwigsplatz), in den Räumen des ehemaligen Bankgeschäftes Karl Aug. Schneider.

Großh. Hoftheater.

Freitag, 11. Febr. Mt. B. 35. Abon. Vorstellung. Das goldene Kreuz, Oper in 2 Akten von Verdi. Anfang halb 8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg